



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Manifest für Reform
des Rundfunks

Wahlkämpfer beginnen
wahlzukämpfen

Scheck über viel Geld
übergeben



Jena besorgt: Kann man Preissteigerungen bemerken, oder ist das staatsablehnender Ampelgroll?

Stadtgespräch



Was im Wahlkampf sehr sicher nicht besprochen wird und was auch niemand nachfragt

Ob der Bus durch die Tiefgarage geleitet wird und ob die Haltestellen verlängert werden, so was sind die Lieblingsthemen der Parteien und Kandidaten, weil sich das so schön nach lokalem Regionalbezug mit Stadtkompetenz anhört und weil dazu alle etwas sagen, das sich danach anhört, als besäße man einen Kompetenzvorsprung gegenüber den simplen Bürgern, die kaum eine Vorstellung davon haben, wieviele Aktenseiten man dafür angeguckt haben muss.

Die Bürger bekommen also das Gefühl, hier werden sie in ihre eigenen Belange einbezogen. Und wenn sie dann nicht zu unzufrieden sind, dann ist das Demokratie.

Interessanter aber wäre zu erfahren, wonach entschieden wird und welche Interessen dahinterstehen. Die Sache mit dem Geld.

Doch alle scheinen sich abgestimmt zu haben, dass es nichts zu besprechen gibt.

Gab es nicht was mit einem Kulturamtsbrief, was war das noch? Wäre das nicht Thema? Ach, nicht doch.

Klimakorruptionsplan, da wagt sich niemand dran.

Der Oberbürgermeister wanzt sich an Linke heran und übernimmt Kampfparolen wie *Alltagsrassismus*, womit die Bürger unter Allgemeinbeschuldigung gestellt werden, es nützt ihm nichts, es macht aber auch niemand ein Thema daraus.

Das Diamantenfieber immerhin, gerade die Partei mit Wenderfahrung nutzt es zweckdienlich.

Denken wir mal an die letzten sechs Jahre in Jena und versuchen, uns vorzustellen, wie dafür, was tatsächlich geschehen ist, die Wahlwerbung aussehen müsste. Aber das würde die Verschwörung implizieren, irgendetwas wäre vorsätzlich und die wüssten, was sie tun.



Die Bild-Zeitung hatte was zu einem Fall in Bad Liebenstein von einer Schülerin mit Weltoffenheitshämatomen, die zuständigen



Ministerien fühlen sich unzuständig, wie würde rein hypothetisch Jena in Form der Kandidaten in Verantwortung damit umgehen? Könnte man ja fragen.

Wir hatten Pandemie und haben alle nur erdenklichen Lehren gezogen unterhalb einer historischen Aufarbeitung, um eine solche nicht zu relativieren, dann müsste doch darstellbar sein, wie beim nächsten Mal die Gepflogenheiten zu erwarten sind. Wie wird man sicherstellen, dass den Schwurblern keine Plattform und erst recht keine Bühne gegeben wird?

Was wird man unternehmen, damit der Rechtsamtsleiter nicht erst einen höheren Verfolgungsdruck bei Verstößen zu fordern braucht?

Wie wird man Jena-solidarisch noch nachhaltiger demokratiefördermäßig finanziell entlasten?

Wird das vom Lokalredaktionsleiter konstatierte *aggressive Grundrauschen* der Spaziergänger, die ihre Unschuldsvermutung verloren haben, noch zivilcouragierter übertönt?

Werden noch härtere Maßnahmen erlassen, damit den Leuten noch deutlicher die Gefahrenlage sichtbar gemacht wird?

Die wenigsten Wähler werden so was wissen wollen, denn wenn es so weit ist, ist sowieso alles alternativlos, darum kann das alles gar nicht wahlentscheidend sein. ●

Ausgebucht

Ein Offener Bücherschrank in Lobeda ist vier Wochen nach seiner Aufstellung zerstört worden. Dass es vier Wochen gedauert hat, wird als Zeichen für Toleranz und Vielfalt gewertet.

Hassmenü

Die Speisekarte des Hotels „Schwarzer Bär“ ist bei Google gesperrt wegen Verstoßes gegen die Richtlinien. Was genau nicht gehen soll, ist nicht ersichtlich. Möglicherweise stuft die Künstliche Intelligenz schon „Schwarzer Bär“ als rassistisch und sexistisch ein.

Schläge

An einem Sonntagmorgen kam Aes in der Johannisstraße zu einer körperlichen Auseinandersetzung, laut Polizeibericht soll ein Mann arabischer Herkunft mehrere Männer mit der Faust geschlagen haben. Die Polizei musste mitteilen, dass es sich um einen arabischen Mann handelt, sonst wäre es Misgendern. Dass er die Fäuste einsetzte, zeigt, wie integriert er schon ist.

Ostermärsche

Auf getrennten Demonstrationen bekundeten die Teilnehmer ihre Forderung, die Logik des Krieges zu überwinden. Da wenden sie sich am besten an die Grünen, da wird jede Logik überwunden.

Aufregung

In Zwätzen plakatierte die CDU ein Wahlwerbeplakat mit dem vulgareistischen Text *„Nachts allein nach Hause – Die Angst läuft mit“*, worüber sich die Stadtoberen aufregten, weil sie ihre politische Lebensleistung delegitimiert sehen. Die sind aber so fair, der CDU nicht entgegenzuhalten, es läge an ihr, dass die Angst auch schon auf dem Hinweg mitläuft.

Nominierung

Die örtliche FDP hat Direktkandidaten für die beiden Jenaer Wahlbezirke nominiert. Der Optimismus geht noch weiter, sie wollen für Thüringen eine *„Deutschland-Koalition“* erzielen. Das sind die Farben, die bei den Demonstrationen für unsere Werte unerwünscht sind.

Gysi sprach

Auf dem Holzmarkt trat Gregor AGysi auf. Seine Anwesenheit löste Sorge um den Zustand der Thüringer Linkspartei aus, weil manche glaubten, er wäre gekommen, um das Parteivermögen zu retten.

Sanierung

Die Bushaltestelle am Teichgraben wird saniert. Das bedeutet, die Wände werden gedämmt, die Heizung wird auf unfossil umgestellt und die Kosten werden auf die wartenden Fahrgäste umgelegt.



„So arm ist Jena gar nicht“ und
„Bissl höherpreisig, das funktioniert
wohl im städtischen Handel“

schreiben Journalisten, die für ihr
Redakteursgehalt den letzten Rest
Würde aufgeben würden

Die Schande dieser Presse liegt
komplett bei uns, die wir uns
so was bieten lassen.

Kolumne auf der örtlichen Lokalseite, die Ratszeise, dessen Gastwirtschaftsbetrieb aufgehört hat zu gastwirtschaften, hat eine Zwischennutzung, Pop-up-Laden nennt sich das Konzept, und weil die *Initiative Innenstadt*, die dazu da zu sein scheint, als Ansprechpartner für die Politik den ansässigen Unternehmen eine zustimmende Stimme zu geben, Erfolg meldet, nicht gleich so einen Erfolg, als dass der Laden weitermachen würde, schreibt der Lokalredakteur, dass das Konzept aufgegangen sei wegen der Bereitschaft der Kunden, einen Euro mehr auszugeben für all die Wohlfühlelemente, die man sich damit erkaufte.

Es kann dahingestellt bleiben, ob jemand wirklich so blöd sein kann. Die Beweislast liegt nicht bei uns. Es obliegt dem Redakteur, irgendwann doch vielleicht mal mit einem Gegenbeispiel aufzuwarten. Eines genügt. Wir würden uns so lange gedulden.

Den Euro mehr geben durchweg Leute aus, die nicht allzuviel Mühe darauf verwendet haben, ihn zu erarbeiten. Erarbeitet wird er von anderen. Die werden den Ratszeise-Pop-up-Laden vermindert frequentiert haben.

Es war früher mal ein Element der Jenaer Lebensqualität, dass überbezahlte Exstudenten das Stadtbild prägten und dass die Wischkräfte über eine solide literaturwissenschaftliche Grundausbildung verfügten.

Jetzt sind die Freizeitwestgesichter ein Ausdruck dessen, was schiefläuft in diesem Land.

Ohne dass wir eine Intelligenzdebatte eröffnen wollen, ist doch festzuhalten, der mentale Zustand, der im Wechselspiel damit steht, sich für Pseudoarbeit finanzieren zu lassen und nichts dabei zu finden, ist derselbe, der es mit sich bringt, sich eine solche Zeitung zu kaufen. Die Zeitung erbringt die erwartete und gewünschte Dienstleistung, dem Hof die Hofschranzen zu verkaufen und den Hofschranzen den Hof schönzureden, wobei das Schöne verrückterweise außerhalb des Hofes vorgetäuscht werden muss. Die krachenden



Folgen der verheerenden verblödeten Politik der Dummen an der Macht müssen schön garniert werden, um den Bescheuerten im städtischen Linksgrünblödmilieu das Gefühl zu geben, für irgendetwas nütze zu sein oder wenigstens nicht überdurchschnittlich schädlich.

Der städtische Handel beklagt sich natürlich nicht darüber, dass das Geld, was die vollsubventionierten Linksaristokraten ausgeben, irgendwoanders ganz klimaschädlich erarbeitet werden muss und eigentlich in die Klimabilanz der Stadt eingerechnet werden sollte.

Für die Zeitung sind die anderen nicht von Belang, sofern sie überhaupt als existent gelten.

Wer die anderen sind, ist klar, jedenfalls, wer sie nicht sind; sie sind nicht der Staat. Sie können verhöhnt werden.

Teuer heißt dann „bissl höherpreisig“, bissl, sogar das Bisschen wird noch herunterverniedlicht, um das Ernstchen des Lägeleins nicht zu früh mit Durchhalteparolen anzusprechen.

So arm ist Jena nicht, wenn man den Euro mehr auf alle hochrechnet. Oder um es im *Correctiv*-Stil zu formulieren: Wir wissen ja, was das heißt. Korruption zahlt sich aus, Zustimmung muss sich wieder lohnen, wir sind auf Kurs, und unser Kurs ist richtig, sonst wäre ja nicht so viel Geld da, und da will doch niemand auf die Stadtfinanzen schauen.

Ohne dass die oft beklagten rauhen und verrohten Töne angeschlagen würden, ist da eine hasszerfressene üble Dreckslochpresse am Werk, die nicht noch zu zeigen braucht, wie sie fähig ist, die eigene Miefblase zu schützen.

Nachtrag: Das Foto auf dem Titel ist leicht bearbeitet; so ist die Firma, die auf dem Schild zu sehen ist, weggenommen. Der Grammatikfehler, dass „sich an“ zu viel ist, wurde dringelassen. Inzwischen steht das ganze Schild dezentler plaziert. ●

Report

Der Versuch, das System von innen zu verändern

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist noch nicht in der Wende-Phase angelangt, aber jetzt ist schon Neues Forum, wir erinnern uns, vor 35 Jahren wollten Reformorientierte innerhalb des Systems die Führung zum Dialog mit den Geführten bewegen. Jetzt haben Mitwirkende aus dem Rundfunkapparat ihre Kritik formuliert, den Zustand analysiert und Reformvorschläge zum Zwecke des Erhalts des Systems so, wie es eigentlich gemeint ist, veröffentlicht.

Sie sehen die Krise als das, was sie ist, als Krise.

In ihrem Manifest stellen sie einen verengten Debattenraum fest, Meinungsmache schwimmt mit Berichterstattung und untergräbt die Prinzipien des seriösen Journalismus. Wer einen medial behaupteten Konsens hinterfragt, wird ignoriert oder diffamiert und mundtot gemacht mit Kampf Begriffen wie Querdenker, Schwurbler, Klimaleugner.

Sie legen dar, dass bei Berichten die Tendenz vorher feststeht und Politik Einfluss nimmt.

Tja, so was aber auch. Neu ist, wie gesagt, dass das jetzt schon aus dem Inneren des Systems kommt, und die Journalisten sind mutig und unterstützenswert, sie riskieren viel, denn die Mächtigen in Medien und Politik haben eine Schweineangst, was sie besonders gefährlich und aggressiv macht.

Wie mag es eigentlich bei den Zeitungen zugehen?

Besser nicht, nur in einem fortgeschrittenen Stadium; wegen der ungesicherten Finanzlage sind in der Presse durchweg nur noch solche, die ihre eigene Bescheuerung befürworten. ●



Wer sagt, Sprachverhunzung wäre geschlechtersensibel, und soll das Meinung oder Fakt sein?

In den DLF-Nachrichten wurde das Genderverbot in Bayern vermeldet, dazu wurde gesagt, dass Verwendung „geschlechtersensibler Gendersprache“ in Behörden etc. verboten sei.

Hierzu baten wir die Nachrichtenredaktion um die Klarstellung: Handelt es sich bei der Klassifizie-

rung „geschlechtersensibel“ um Meinung oder Fakt? Besteht eine Anweisung, bei der betreffenden Sprachmethodik die Bezeichnung Gendersprache zu verwenden?

Das wurde uns nicht beantwortet. Möglicherweise wurde die Frage nicht verstanden. Die Verwendung des Deppinnensternchens

oder Idiotinnendoppelpunktes hält jemand für sensibel, was Geschlechter betrifft, das wäre Meinung, aber dass das so geglaubt werden soll, ist checkbarer Fakt. Und wenn es in den Nachrichten kommt, ist es ein propagandistischer Standard. Was gibt es da zu meinen. ●

Der Minister zweifelt lieber an seiner Statistik als an seinem Verstand

Mittlerweile kriegt man es schon von Kalendersprüchen empfohlen, keiner Statistik zu glauben, die man nicht selbst gefälscht hat. Wenn aber dem Thüringer Innenminister zur Statistik der Kriminalität in Thüringen, dessen Zuständigkeitsbereich dies im weitesten Sinne ist, einfällt, die Zahlen anzuzweifeln, dann müsste die Frage zu debattieren sein, ob der Minister noch bei Trost ist.

Das Schlimme daran: Jede der beiden möglichen Antworten könnte die Bevölkerung verunsichern.

Dass er, Stand heute, noch im Amt ist, liegt nicht nur an der SPD, deren Landesvorsitzender er ist und als der er ständig bemüht ist, die Partei mit seinem Niveau abzugleichen, all dies wäre nicht denkbar ohne eine endkorruptierte tiefenverlogene Presse.

Einer der Hauptstadtjournalisten otzt sich dazu aus, er kommt am Ende seiner Kolumne, wenn man es schafft, sich bis dahin ausgedehnt zu haben, immerhin dazu, dass des Ministers Verweis auf unsoliden Zahlenmaterial vorgeschoben wirke. Aber der Verfasser verfasst nur nebenbei was zur Kriminalität, die ja eigentlich das Thema



wäre, sondern macht ein Ding zwischen Regierung und Opposition daraus, Ränkeleien, die einen sagen so, die anderen sagen so, was denn nun. Und so zerredet man das Thema, ohne es zu offenkundig zu verdecken. „Nutzt der Innenminister die seit Jahren insbesondere von Linken und Grünen vorgebrachten Zweifel jetzt dafür, um die zum Teil deutlich angestiegenen Zahlen zu rechtfertigen? Grund genug hätte er: Die Straftaten übersteigen“ erstmals seit 2006 wieder die 150.000, also in der rotrotgrünen Regierungszeit.

Die Welt der Kriminalität als Wille zu Zahlen und Vorstellungen von Statistiken.

Und die hohen Zahlen sind ein Grund, die hohen Zahlen zu rechtfertigen. Mit Zweifeln zu rechtfertigen. Wer gewohnheitsmäßig solche Zeitungen liest, wird nichts daran auszusetzen haben.

Wir fragten aber lieber nach, wir sind ja Kumpel, ist das Meinung oder Fakt, dass die Zahlen gerechtfertigt sind wegen der Höhe?

Egal, bei den Lesern bleibt hängen, an den Zahlen gibt es Zweifel, der Minister rechtfertigt die Zahlen und nutzt die Zweifel. Und die Politik hat auch ganz andere Probleme. ●

Personen

Die Presse ist auch dabei, wenn der Oberbürgermeister auf dem Campus einen großen Scheck bekommt.

Was macht das mit ihm?

Der Oberbürgermeister geht dahin, wo es heiß ist, auf den Uni-Campus Ernst-Abbe-Platz, mit ihm sind noch so welche, der örtliche Bundestags-Direktmandatierte von der SPD, der SPD-Oberbürgermeisterkandidat, für den es offenbar ein Praktikum ist zur Vorbereitung auf den eventuellen Wahlsieg, er hospitiert schon mal und guckt, was man so macht, und, ganz wichtig, eine Staatssekretärin mit einem großen Scheck, wegen dessen sich alle einfinden. Den überreicht sie als Gabe des Bundes an die Stadt, zweckgebunden für die klimafreundliche Neugestaltung des Areals, damit es den Studenten nicht zu warm wird und sie am Ende auf der anderen Seite hinausgehen an die Leutra. Sechs Millionen Euro aus der Bundeskasse, die zuvor irgendwoanders ganz klimaschädlich erarbeitet wurden und als Steuern vereinnahmt, vielleicht kommen sie aber auch aus den Schulden, dann werden sie bezahlt, nachdem die Wirtschaft klimaneutral transformiert wurde, und der Zufluss an die Stadt vermiest ihr nicht die Klimabilanz.

Die lokale Presse hat von dem Termin erfahren und sichert Beweisfotos; im entscheidenden Moment, bei der Überreichung des Schecks, klickt der Auslöser, auch die Kamera des

Stadtfernsehens hat alles eingefangen.

Das ist natürlich so koinzident nicht gelaufen; es war ein Quatschtermin für die Quatschmedien mit entsprechendem Personal.

Eine Zeit müssen die alle haben.

Mit welchem Verkehrsmittel die Staatssekretärin gereist ist, wurde nicht gesagt, am schnellsten wäre die Bahn, aber da wäre die

Gefahr sehr groß, dass der Scheck gestohlen wird.

Fotos davon, wie der Oberbürgermeister auf die Bank geht und den Scheck einlöst, gibt es nicht. Es wird so ähnlich ausgesehen haben. Es existieren auch keine Bilder davon, wie der Scheck ausgestellt wird, vielleicht von Christian Lindner, das wäre mal eine neue journalistische Bildsprache. Man könnte auch die Steuerzahler knipsen, wie sie dem Finanzamt einen großen Scheck mit ihren Steuern überbringen.

Das Erschütterndste bei der ganzen Sache bleibt indes ausgeblendet. Was denken die eigentlich selber, was sie jetzt geleistet haben? Der Termin war zwar nicht tagesfüllend, aber das, was als Aktivität zeitungssdeutsch gesagt den Schwerpunkt bildet. Wenn die am Abend nach Hause gehen, sagen die sich, „Heute haben wir einen wichtigen Schritt auf den Weg gebracht in Richtung Weichen, die auf Zukunft gestellt sind, damit der Kompass auf die Klimaziele ausgerichtet wird, wir sind schon tolle Politiker“?

Es wäre ihnen zuzutrauen.

Vielleicht gibt es auch noch andere wichtige Leute, die mit dem Geld in Berührung kommen wollen, und die haben wir da gar nicht gesehen. ●



Wir guckten für Sie auf die Wahlkampfleute

Betrachten wir sie in der Reihenfolge ihres Auftretens, wie wir es so alles mitkriegen.

Der erste war zettelmäßig im Briefkasten, der Ortsteilbürgermeister-Kandidat der CDU, aber der Zettel ist weg. Im Gedächtnis geblieben ist uns nichts.

VOLT steht mit Stand am Holzmarkt, junge Menschen, die behaupten, den europäischen Gedanken zu überbringen. Bei der Frage nach Alleinstellungsmerkmalen ihrer Partei verweisen sie darauf, dass sie noch europäischer strukturiert sind als die anderen und noch entschlossener, so was wie Klimaplan umzusetzen, ja, Wohnblöcke mit kurzen Wegen, auch wenn das nicht neu ist, es war nicht alles schlecht. Sagen die. Und sie brauchen noch Unterschriften, um bei der Kommunalwahl antreten zu können.

Den kommunalen Gedanken wollen sie nicht ausschließen.

Was sie nicht sagen: Das Demokratiedefizit der EU ist nicht ihr Problem, und sie kommen mit dem Großen und Ganzen hinunter zu den Menschen, mit den besten Absichten wieder einmal. Die echten Probleme realer Menschen sind für sie keine politische Kategorie. Man muss schon recht jung sein, um wieder eine universalnovellierende Jugendbewegung für wählbar zu halten.

Ein Truck der Freien Wähler steht am Johannistor, „Dreher gesucht“ ist unter der Behängung zu lesen, dafür wäre die Johannistraße ein denkbar ungeeigneter Ort, auch jemand, der es politisch dreht, ist nicht zu finden. Der örtliche Oberfreiwähler hat es im

Gegensatz zu anderen Hobbykandidaten nicht nötig, einen Posten zu erlangen, und bescheinigt sich, „der parlamentarische Arm aller Bürger im Landtag sein“ zu wollen, desweiteren gibt es Wahlkampf2000 mit *Bildung für alle in besserer Qualität, Schaffung von Freiräumen für Bürger und Vereinsförderung*, all das, nun wissen es alle Wähler, und ob sie und wieviele das wollen, müssen die Wähler frei entscheiden, da redet er ihnen nicht zu sehr hinein.

Neben dem H&M steht ein Flixbus von der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Demokratieboten, die aber nichts mit der CDU zu tun

haben wollen. Nicht einmal mehr die. Eine Praktikantin lässt sich geduldig zureden von einem Bürger, der wie Politiker oder Talkrundenteilnehmer spricht, bei uns haben die Bürger ihre Lektionen gelernt. Von Scharia hat sie noch nichts gehört. Sie ist noch jung, ihr stehen noch Überraschungen bevor. Eine örtliche CDU-Frau hat sich dennoch dazugeschlichen und verteilt Wahlwerbezettel mit so Sachen „*Wir gestalten Zukunft, damit Jena lebenswert bleibt!*“ In der Reihenfolge mit diesem Kausalzusammenhang. Auch der Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl ist unbemerkt dabei und bleibt es. Ihn würde auch Putin als Gegenkandidaten akzeptieren.

Der Oberbürgermeister wendet sich auf dem Postwege an die Nitzscheverdrossenen, zuvorderst an die Minderjährigen: „*Deine Stimme für das Miteinander.*“ Wenn Sie ihn sehen, denken Sie daran, der möchte geduzt werden. Er listet auf, was alles während seiner Amtszeit geschehen ist, zum Beispiel sind Jahre vergangen und es ist viel passiert. „*Nur so werden wir zusammen unsere Stadt voranbringen und große Projekte zu einem erfolgreichen Ziel führen.*“ Je erfolgreicher das Ziel, desto größer die Projekte.

Die Wahlplakate sind plötzlich ausgehängt. Wenn die Wahlplakate Steuern wären, würde es in der Zeitung heißen: sie sprudeln. Die Sprüche sind selten ein vollständiger Halbsatz, sie können alles bedeuten oder nichts, sie bedeuten nichts.

Der SPD-Oberkandidat hat: „*Starke Stimme. Für Jena.*“ Ist das nicht von Mike Mohring abgeschrieben? Keineswegs; Mike Mohring hatte „*Starke Stimme für Jena*“, der hat „*Starke Stimme. Für Jena.*“

Der designierte Wahlgewinner fordert: „*Jena muss bezahlbar bleiben.*“ Ob er damit eine Bekämpfung der Korruption meint, steht da nicht. ●



Sonstiger Stoff

Die Pressestelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz beantwortet nicht, was sowieso klar ist

Etwas zu Verfassungsschutzpräsident Haldenwang zu sagen, geht auch nur knapp unterhalb der Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht. Er untersteht Nancy Faeser, das übersteht niemand unbeschadet, und das lässt er an der Republik aus. In der FAZ schrieb er in einem umnachteten Gastbeitrag, wie er die Sache mit der Meinungsfreiheit missversteht. Juristisch haltlos schwurbelt er, die Meinungsfreiheit dürfe nicht zum Freibrief werden für so was, was er für staatswohlgefährdend hält.

Nun ist es vom Grundgesetz anders vorgesehen als gemeinhin und von ihm ausgelegt, es ist nicht so, dass es ein bestimmtes, gemäßigtes, Meinungsfeld gäbe, das von der Meinungsfreiheit gedeckt ist, und dass extremere Meinungen diesen Bereich verließen, sondern das Grundgesetz schützt grundsätzlich jede Meinungsäußerung vor Eingriffen des Staates, wo nicht Gesetze verletzt werden. Das bedeutet, es ist nicht Groll und auch nicht Ablehnung des Systems, was zu staatlichem Eingreifen legitimiert, es ist andersherum, Strafgesetze und kollidierende Grundrechte können in der Abwägung bewirken, dass in diesen jeweiligen Fällen ein Eingriff in die Meinungsfreiheit keine Verletzung des grundrechtlichen Schutzes bedeutet. Aber auch da geht es nicht um die Meinung, die man nicht haben sollte, son-



dern um die Verletzung anderer Rechtsgüter, zu denen eine Ehre des Staates ausgerechnet nicht gehört.

Unsere Bundesregierung sieht das anders, der nachrangige Beamte muss das auch, sonst ist er ganz schnell noch nachrangiger.

Er erklärt also, Meinungsfreiheit ist keine Ausrede für Übelnden, so in der Art. Da nutzen welche die Meinungsfreiheit aus, um, unterhalb der Strafbarkeit, den Staat fertigzumachen, meint er, und dagegen müsse er vorgehen.

Wir ersuchten die Pressestelle des Verfassungsschutzes um die ergänzende Mitteilung, ob das,

was der Herr Präsident zur Meinungsfreiheit schreibt, in analoger Anwendung auch für die Religionsfreiheit gilt.

Wir erhielten keine Antwort, zu Recht, denn die werden sich schon gedacht haben, dass es sich um eine Scherzfrage handelt. Wir wissen doch alle, wie es ist. Was gibt es da noch zu antworten. Da müsste Nancy Faeser schon sehr umdenken, eine halbe 360-Grad-Wende wäre zu vollziehen. Das hat sie nicht nötig, die muss sich nicht beliebt machen, sie geht gegen diejenigen vor, bei denen sie es nicht ist.

Das sichert das Staatswohl. ●

IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogger.de

Frage an den **AKRÜTZEL**-Briefkasten: Können die Zahlen des Steuerbordvulgarismus aus dem Thüringen-Beobachter mit den Palästinenserdemos verrechnet werden?

Hätte sein können; die palästinensische Befreiungsbewegung wird als Teil der globalen Linken angesehen im Kampf gegen Kolonialismus und für die Befreiung unterdrückter Opfer, die sich mit als terroristisch gelesenen Methoden Gehör verschaffen müssen.

Damit sind die zum Beispiel in Jena stattfindenden Demonstrationen ein Zeichen für unsere Vielfalt, Solidarität und unser queerfeministisches Engagement, doch ein Aufwiegen mit den erschreckenden Zahlen über steuerbordäußere Voreinstellungen unter Thüringern würde dem Gewermodell des Kampfes gegen staatsferne Schichten die Grundlage entziehen oder es zumindest arg schwächen, das Geld muss ja immer wieder beantragt und begründet werden.

Was dann damit geschieht, ist eine andere Sache, es geht um die Lage, wie bei Immobilien, die Lage bringt den Wert.

Und die ist hier nun mal so, dass die Statistik nicht mal von ministerieller Seite angezweifelt wird, etwa so, dass die Fragen undifferenziert gestellt worden wären. Was sie nicht wurden. Die Bevölkerung ist wirklich so; viele lehnen die Behebung des Fachkräftemangels ab, weil sie der Regierung diese Erfolge nicht gönnen.

Hinzu kommt das Problem der ebenfalls gestiegenen Messwerte bei der Abscheu gegenüber den Eliten. Das können wir uns in Jena gar nicht vorstellen, wir sind kraft Hauptwohnsitz Elite oder elitenäquivalent.

Aber außerhalb der Stadt beginnt das Umland. Die Landbevölkerung hat kein Problem damit, sich die früher als links legitimierte Elitenkritik kulturell anzueignen, natürlich viel grobschlächtiger als damals bei den linken Intellektuellen.

Das Land ist viel zu dünn besiedelt, als dass sich die Demokratie dort hätte entwickeln und verankern können. Gerade Bauern haben viel mit Tieren zu tun, die sie

als ihre Untergebenen ansehen, so was prägt patriarchales Denken. Echte Probleme, wie sie in der Zeitung stehen, werden nicht rezipiert. Wir wagen gar nicht, uns

vorzustellen, was in Thüringen los wäre, wenn wir nicht eine Regierung hätten, die ein Gegengewicht zu den Einstellungen der Bevölkerung bilden würde.



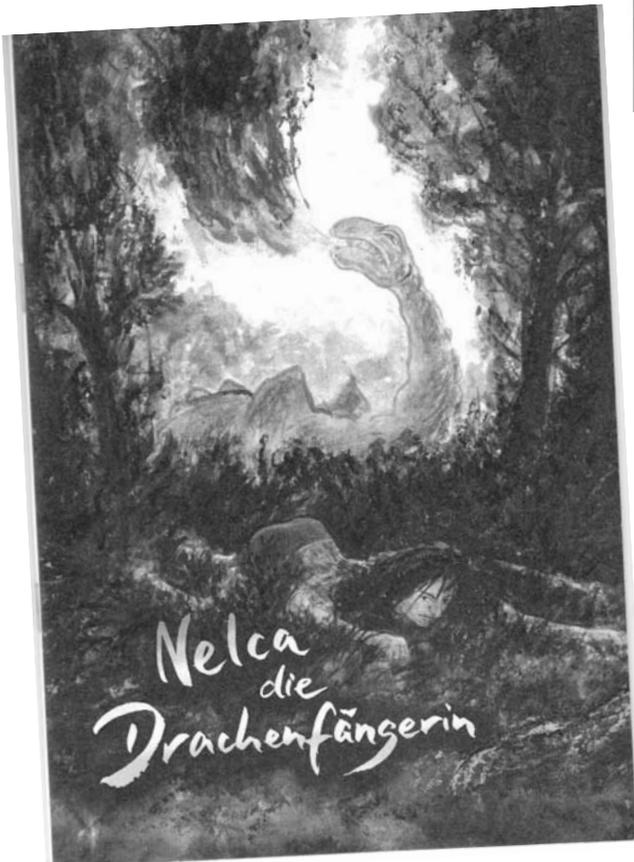
Jenaer Impressionen



Reklame

Neue Cartoonsammlung als
Gratis-PDF kostenlos zum
Umsonst-Herunterladen für
0,- Euro ohne Bezahlschranke
auf www.zellerzeitung.de
unten bei den Klassikern:

Die Delegitimierung des Grünen Reiches



Bilderbuch-Klassiker

Nelca, die Drachenfängerin

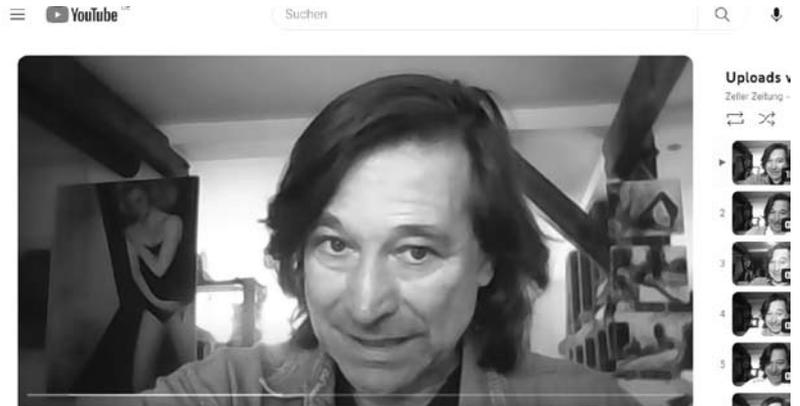
Kostenloses Gratis-PDF für 0,- Euro zum
Umsonst-Herunterladen ohne Bezahlschranke
auf www.zellerzeitung.de
unten bei den Klassikern

DAS HIGHLIGHT FÜR IHRE GÄSTE, DIE SCHON
ALLES HABEN: BEKANNTER KARIKATURIST
ZEICHNET ALLE, DIE DAS WOLLEN, ALSO ALLE



IM RAUM JENA ~~AB~~ BIS 300,-EURO
(03641) 619434

Müssen Sie gucken **Senior-Influencer**



100 Cartoons, 20,- Euro,
www.solibro.de

Ende der Reklame



Wenn das Gespräch in der Redaktion an Vorkommnisse erinnert



Eine Zeitung entsteht am Mittagstisch, weil da die Redaktion am selben Strang zieht. Oft kommt es vor, dass es bei einer Nachricht aus der Agentur oder einer Pressemitteilung der Ruf ertönt: Das hatten wir doch schon mal! Doch genauer erinnern kann sich niemand. Bis sich herausstellt, dass es das Essen war, das dieses Gefühl vermittelt hat, das bestimmt alle kennen, das aber für gewöhnlich nicht weiter von Belang ist ohne die Zuständigkeit für die Information von Lesern.

Umfrage mit klarem Ergebnis: Mehrheit bewundert Ampelkoalition für ihr Durchhaltevermögen



„Ich hätte da schon längst hingeschmissen“, so denkt eine Mehrheit über die Ampelregierung und drückt damit ihre Bewunderung aus, wie die Politiker es schaffen, sich nichts anmerken zu lassen und unbeirrt in der Arbeit fortzufahren. „Es ist diese Vorbildwirkung auf die Demokratinnen und Demokraten, die den Zusammenhalt der Gesellschaft und das Vertrauen in die Führung auf eine stabile Grundlage stellt“, kommentierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Umfrage in seiner wöchentlichen Weihnachtsansprache.

Studie: Groll auf die Grünen kommt vom Klimawandel



Die Grünen sind die beschimpfteste Partei, aber warum? Weil man das Überbringen der schlechten Nachricht vom menschengemachten Notstand dem Überbringer anlastet und dann auch noch unzufrieden ist mit den schleppenden Erfolgen, die auf sich warten lassen. Eine selbsterfüllende Abscheu also.

Die Polizei bittet um Mithilfe: Jeder Euro zählt



Sachdienliche Hinweise sind das eine, aber wie es aus der Polizeidirektion sarkastisch heißt: „Dafür können wir uns was kaufen!“ Vielfalt, Diversität und Inklusion finanzieren sich nicht von selbst, da ist das Engagement der Bürger gefragt, damit die Streifenwagen vollgetankt sein können, um gegebenenfalls schnell vor Ort zu sein oder die Verfolgung aufzunehmen. „So leicht wie zu Pandemiezeiten sind Regelbrecher nicht mehr zu stellen“, heißt es in dem Spendenaufruf.